

Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau
Contrescarpe 72
28195 Bremen

Bremen, 02.02.2021

Planfeststellungsverfahren „Fernwärmeverbindungsleitung zwischen Hochschulring und Heizwerk Vahr“: Einwendungen

Sehr geehrte Frau Dr. Schäfer, sehr geehrte Frau Huntemann,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Bau der Fernwärmeverbindungsleitung zwischen Hochschulring und Heizwerk Vahr soll dazu beitragen eine Abschaltung des Kohlekraftwerks Hastedt zu ermöglichen. Das ist begrüßenswert. Gleichzeitig beeinträchtigt das Projekt jedoch die Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität meiner Umgebung erheblich. Zudem wirft es energiepolitische und nachhaltigkeitsbezogene Fragen auf. Ich bitte Sie, meine im Folgenden aufgeführten Einwände und Vorschläge im weiteren Verfahren der Projektplanung und der Entscheidung über dessen Implementierung zu berücksichtigen und umzusetzen und mir Rückmeldungen zu meinen Fragen zukommen zu lassen.

1. Baumfällungen

Gemäß den derzeitigen Planungen geht mit dem Projekt die Fällung von 156 nicht im Wald befindlicher, 45 „in Waldbiotopen“ befindlicher und 30 „im Wald“ befindlicher Bäume einher. Weitere 83 nicht im Wald befindliche, 3 „in Waldbiotopen“ befindliche und 19 „im Wald“ befindliche Bäume, als „Grenzfälle“ bezeichnet, sollen während des Baus *möglicherweise* gefällt werden müssen. Somit hat sich die Zahl der infolge des Projekts (möglicherweise) zur Fällung vorgesehenen Bäume seit der Vorstellung der Planungen in den Ortsteilbeiräten im letzten Jahr noch einmal erhöht. Die Fällung der teils großen, alten Bäume würde die Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität entlang der Trasse erheblich beeinträchtigen. In den städtischen Bereichen geben die Bäume den breiten Straßen einen ausgeprägten Allee-Charakter. Insbesondere in der H.-H.-Meier-Allee, der Kurfürstenallee und der Richard-Boljahn-Allee werten sie die in den

1950er bis 1970er Jahren in optisch wenig ansprechender, monotoner Block-Architektur bebauten Wohnviertel deutlich auf. Die Bäume verbessern zudem das Mikroklima in zunehmend heißen Sommern, mindern die Luft- und Lärmbelastung des Straßenverkehrs, sequestrieren Kohlenstoff und bieten Lebensraum für Tiere. Der zum Teil durch das Projekt gefährdete Baumbestand im Schwachhauser Ring ist von einmaliger städtebaulicher Attraktivität.

Es müssen folglich, falls das Projekt umgesetzt wird, alle denkbaren Möglichkeiten vollständig ausgeschöpft werden, um die Baumverluste und die damit einhergehenden Beeinträchtigungen der Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität zu minimieren. Gemäß der derzeitigen Projektplanung werden die Möglichkeiten jedoch bei weitem nicht ausgeschöpft.

So werden beispielsweise in der H.-H.-Meier-Allee durch den Wechsel des Trassenverlaufs von der Westseite auf die Ostseite des Straßenbahngleisbetts zwischen der Kreuzung mit der Kulenkampffallee und der Hausnummer 82C insgesamt 30 Baumfällungen notwendig (Bestandsplan Bäume, Anlage 14-2). Durch einen durchgängigen Trassenverlauf auf der Westseite des Gleisbetts unter dem dort befindlichen Fußweg in möglichst großer Nähe zu den Häusern der H.-H.-Meier-Allee 74 bis 82C ließen sich Baumfällungen vermeiden.

Die im weiteren Verlauf der H.-H.-Meier-Allee (möglicherweise) notwendigen Fällungen der Bäume 670, 672-674, 694, 702, 703, 706, 710-715 und 729 (Bestandsplan Bäume, Anlage 14-2) erscheint mir angesichts der großen Breite der Fahrbahn, unter der die Leitung so nah an der Straßenbahntrasse wie nur möglich verlegt werden sollte, und dem entsprechend großen Abstand, der zu den betreffenden Bäumen gewahrt werden kann, nicht plausibel. Es handelt sich hier um große, alte Bäume, die Teilen der H.-H.-Meier-Allee ihren Allee-Charakter verleihen und die angesichts der in monotoner Block-Architektur bebauten Wohnviertel von ganz besonderer Bedeutung für die Stadtbild- und Lebensqualität sind. Eine Fällung dieser Bäume muss unbedingt vermieden werden.

Auch im Kuhgrabenweg erscheint mir die große Zahl von Baumfällungen angesichts der Breite dieses asphaltierten Weges, unter dem die Leitung verlegt werden kann, und der Möglichkeit je nach Baumbestand flexibel etwas weiter in Richtung des Uni-Campus oder in Richtung des Stadt-Waldes ausweichen zu können, nicht plausibel.

2. Ausgleichsmaßnahmen

Es müssen alle denkbaren Möglichkeiten vollständig ausgeschöpft werden, um nach einer eingehenden Prüfung und Überarbeitung der Planung verbleibende zwingend notwendige Baumverluste und die damit einhergehenden Beeinträchtigungen der Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität adäquat and standortnah auszugleichen. Die gemäß den derzeitigen Planungsunterlagen vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen stellen jedoch aus folgenden zwei Gründen keine auch nur annähernd adäquate Kompensation für die zahlreichen Baumfällungen dar:

- Bis neu gepflanzte Bäume den Wert der gefällten Bäume ersetzen, vergehen mehrere Jahrzehnte, sofern sie überhaupt über diesen Zeitraum hinweg gedeihen können. Ich fordere deshalb Ersatzpflanzungen im Verhältnis 1:3 für die Fällung großer, alter, als

„geschützt“ klassifizierter Bäume und im Verhältnis 1:2 für die Fällung anderer Bäume. Das heißt, eine Baumfällung ist grundsätzlich durch drei beziehungsweise zwei Neupflanzungen zu kompensieren.

- Die gemäß den derzeitigen Planungsunterlagen vorgesehenen Ersatzbaumpflanzungen in einer ohnehin bereits sehr vegetationsreichen Kleingarten-Umgebung in etwa 10km Entfernung am Stadtrand Bremens („In den Wischen“) sind kein auch nur annähernd adäquater Ausgleich zu den Baumverlusten in den Straßen entlang der Trasse, wo sich der Lebensalltag der vom Projekt betroffenen Menschen konzentriert und wo die Bäume mit all ihren physisch-ökologischen, optischen und psychologischen Funktionen dringendst gebraucht werden. Hier stellt sich nebenbei auch die Frage, ob die „In den Wischen“ geplanten Pflanzungen in dieser oder ähnlicher Weise nicht ohnehin im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes „Grüner Bremer Westen“, das dem Projekt „Green Urban Labs“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumplanung angehört, angelegt worden wären. Ich fordere daher, die Zahl standortnaher Baumersatzpflanzungen beträchtlich zu erhöhen. Darauf gehe ich im Folgenden näher ein.

Es ist völlig inakzeptabel, dass, und nicht plausibel nachvollziehbar, weshalb lediglich 60 Baumersatzpflanzungen innerhalb der von der Baumaßnahme betroffenen Stadtteile vorgesehen sind. Die Bemühungen der mit der Planung betrauten Akteure die Zahl standortnaher Ersatzpflanzungen zu maximieren waren offensichtlich sehr begrenzt.

Um geeignete Standorte zu identifizieren wurden die Bürger*innen über einen Artikel in der Presse aufgerufen, Vorschläge einzureichen. Von den zahlreich eingereichten Standort-Vorschlägen wurden nur sehr wenige aufgenommen. Viele Standorte wurden mit der Begründung zu schmaler Flächen / zu schmaler Pflanzbetten ausgeschlossen. Die mit der Projektplanung betrauten Akteure haben also lediglich Standorte mit bereits vorhandenen, großen Pflanzbetten berücksichtigt und gleichzeitig alle Standorte, an denen im Laufe der vergangenen Jahre Bäume gefällt worden waren und die entsprechend eigentlich ohnehin vom Umweltbetrieb Bremen neu bepflanzt werden sollten, ausgeschlossen. Mit dieser Kombination von Ausschlusskriterien konnten logischerweise nur sehr wenige der eingereichten Standortvorschläge aufgenommen werden. Wenn man nicht einmal bereit ist, neue Pflanzbetten zu schaffen, dann gibt es natürlich kaum Möglichkeiten standortnaher Ersatzpflanzungen. Das ist völlig inakzeptabel und nicht nachvollziehbar. Zugleich stellt sich die dringende Frage weshalb neben dem Aufruf an die Bürger*innen Standortvorschläge einzureichen keine umfassende, flächendeckende, fachlich fundierte Kartierung zur systematischen Identifikation von Standorten in den betroffenen Stadtteilen in Auftrag gegeben wurde.

All dies bietet Anlass zu der Vermutung, dass sich die mit der Planung betrauten Akteure nicht oder nur äußerst unzureichend um standortnahe Ersatzpflanzungen in den Straßen bemüht haben, sondern stattdessen räumlich an einem einzigen Standort konzentrierten Ersatzpflanzungen in einer bereits grünen und mit guten Bodeneigenschaften ausgestatteten Kleingarten-Anlage als preiswertere und weniger pflegeaufwändige Alternative a priori den Vorzug gegeben haben.

Ich fordere die nach einer eingehenden Prüfung und Überarbeitung der Planung noch verbleibenden zwingend notwendigen Baumverluste durch standortnahe Ersatzpflanzungen, insbesondere in den vom Trassenverlauf betroffenen und den angrenzenden Straßen, auszugleichen. Durch folgende Maßnahmen kann dies ermöglicht werden:

- a) Durch eine umfassende, flächendeckende, fachlich fundierte Kartierung muss eine Vielzahl weiterer Standorte für Bauersatzpflanzungen in den betroffenen Stadtteilen, insbesondere in den vom Trassenverlauf betroffenen und den angrenzenden Straßen, identifiziert werden.
- b) An allen rechtlich für Bauersatzpflanzungen geeigneten Standorten, an denen sich noch kein oder kein ausreichend großes Pflanzbett befindet, müssen Pflanzbeete erweitert oder angelegt werden. Dadurch ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten für standortnahe Ersatzpflanzungen, auch direkt in von der Trasse betroffenen Straßen.
- c) An Standorten mit geringem Platzangebot können kleinwüchsige Baumarten gepflanzt werden. In diesen Fällen sollte jedoch das oben geforderte Verhältnis der Zahl gefällter und neu zu pflanzender Bäume auf 1:4 beziehungsweise 1:6 verdoppelt werden.
- d) Einige Standortvorschläge von Bürger*innen wurden mit der Begründung die „Freiflächen werden als Spiel- und Bewegungsraum benötigt“ abgelehnt. Dies erscheint mir nach einer Überprüfung dieser Standorte nicht plausibel. Diese Vorschläge sollten folglich von einer unabhängigen Instanz und unter Einbeziehung der die Flächen verwaltenden und nutzenden Akteure sowie der Bürger*innen, die diese Vorschläge eingereicht haben, erneut geprüft werden.
- e) An allen Standorten, an denen eine Baumfällung unter Ausschöpfung aller denkbaren Möglichkeiten nicht vermieden werden kann, sollte eine Ausgleichspflanzung in direkter Nähe angestrebt werden. Trotz der Auswirkungen der Fernwärmeleitung auf den zur Verfügung stehenden Wurzelraum und das Bodenklima, wird dies an einigen Standorten sicherlich möglich sein. So ist im Bestandsplan Bäume (Anlage 14-2) ersichtlich, dass sich in einigen Abschnitten der Trasse, beispielsweise in der H.-H.-Meier-Allee und dem Schwachhauser Ring, zu fällende Bäume, Grenzfälle, und keinesfalls zu fällende Bäume in direkter Nähe zueinander und in gleichem Abstand zur geplanten Fernwärmetrasse befinden. In diesen Fällen haben offensichtlich die Einschätzung des individuell unterschiedlichen Wurzelraums und des Zustands der einzelnen Bäume zu unterschiedlichen Klassifizierungen in diese drei Kategorien geführt. Dies legt nahe, dass einige von Fällungen betroffene Standorte für eine Neupflanzung infrage kommen – möglicherweise auch mit einem leicht versetzten Pflanzbett und/oder einer kleinerwüchsigen Baumart. Derartige Möglichkeiten für Nachpflanzungen am gleichen Standort sind intensiv zu prüfen und zu nutzen.
- f) Als ein Kernstück der Bemühungen zur Vermeidung einer massiven Abwertung der Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität entlang der Trasse muss das Vorhaben mit einer Neuordnung der Verkehrs- und Parkflächen kombiniert werden. So kann durch die beidseitige Umgestaltung der H.-H.-Meier-Allee zur Fahrradstraße sehr viel Platz für standortnahe Ersatzpflanzungen geschaffen werden. Aufgrund des recht geringen Autoverkehrsaufkommens können Rad- und Autoverkehr in dieser Straße sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts in einer Spur kombiniert werden. Durch die so

eingesparte Verkehrsfläche und eine Umgestaltung der Parkflächen unter Einbeziehung des alten, nicht mehr genutzten, teils auch unansehnlichen und derzeit als Parkraum genutzten Radwegs (Parken künftig quer oder schräg statt längs zur Fahrbahn) können zahlreiche Standorte für Baumsatzpflanzungen und, falls gewollt, auch zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Der Allee-Charakter und die Lebens- und Umweltqualität in dieser Straße könnten dadurch trotz der Fernwärmetrasse nicht nur erhalten, sondern mit ihr sogar weiter komplettiert und gesteigert werden. Auch verkehrspolitisch ist diese Umgestaltung äußerst sinnvoll – sie trägt zur Komplettierung der bereits in Teilen existierenden stark von Radverkehr frequentierten Fahrradstraße aus der Innenstadt über die Parkallee und die Wachmannstraße durch die H.-H.-Meier-Allee zur Universität bei und würde die Sicherheit des Radverkehrs erhöhen.

In der von mir zusammen mit Birgit Heinrich initiierten Petition „Kein Kahlschlag für den Ausbau der Fernwärme aus einer Müllverbrennungsanlage!“ werden diese Vorschläge von 816 Bürger*innen unterstützt. Die Petition wurde am 26.01.2021 an den Bürgerschafts-Präsidenten Frank Imhoff, Senatorin Dr. Maike Schaefer und den Vorsitzenden des Petitionsausschusses Claas Rohmeyer sowie am 28.01.2021 an den Stadtteil-Beirat Schwachhausen übergeben und auch separat als Einwendung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingereicht.

Es ist Aufgabe der senatorischen Behörde für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, der Vorhabensträger und der Stadtteil-Beiräte, straßenraum- und baumbestandsgestalterische Visionen und Maßnahmen und das Großprojekt der Fernwärmeverbindungsleitung anlassbezogen so aufeinander abzustimmen und miteinander zu verzahnen, dass im Ergebnis die betroffenen Straßen und Stadtteile keine Ab- sondern möglichst eine Aufwertung ihrer Umwelt-, Stadtbild- und Wohnqualität mit dem Projekt erfahren. Auf diese Weise lässt sich die Akzeptanz der Bürger*innen für dieses Projekt gewinnen.

Auch in anderen Trassenabschnitten muss durch eine Neuordnung der Verkehrs- und Parkflächen Platz für standortnahe Baumsatzpflanzungen geschaffen werden.

Die konsequente Umsetzung der unter den Punkten 2 a) bis f) vorgeschlagenen Maßnahmen sollte dazu führen, dass die gemäß Punkt 1 deutlich reduzierte Zahl zwingend notwendiger Baumfällungen adäquat standortnah in den vom Trassenverlauf betroffenen und angrenzenden Straßen sowie weitergehend innerhalb der betroffenen Stadtteile ausgeglichen werden können. Nur wenn nach konsequenter Umsetzung der Vorschläge 2 a) bis f) und aller weiteren denkbaren Optionen sowie unter Anwendung der oben vorgeschlagenen Relation der Zahl von Fällungen zu Nachpflanzungen von 1:2 und 1:3 beziehungsweise 1:4 und 1:6 im Fall kleinwüchsiger Bäume wider Erwarten tatsächlich keine ausreichende Zahl von Baumsatzstandorten innerhalb der betroffenen Stadtteile identifiziert werden kann, sind zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen in anderen Stadtteilen denkbar – in Form von Baumpflanzungen im Straßenraum und in straßennahen Bereichen, wo die Bäume am dringendsten gebraucht werden.

3. Energiepolitische und nachhaltigkeitsbezogene Fragen

Eine Abschaltung des Kohleblocks in Hastedt, zu deren Ermöglichung die Fernwärmeverbindungsleitung beitragen soll, ist begrüßenswert. Gleichzeitig entspricht jedoch der Ausbau der Fernwärmegewinnung aus einer Müllverbrennungsanlage nicht dem Zukunftsmodell einer nachhaltigen Energie- und Kreislaufwirtschaft, die das Hausmüllaufkommen künftig durch Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling deutlich verringern soll. Vor diesem Hintergrund ergeben sich mir folgende Fragen, zu denen ich mir eine Rückmeldung erbitte:

- a) Wird die Erhöhung der von der Müllverbrennungsanlage bereitgestellten Fernwärme-Kapazität mit einer Erhöhung der jährlich zur Verbrennung vorgesehenen Müllmenge einhergehen? Um welche Größenordnung wird sich diese Müllmenge im Zusammenhang mit dem Bau der Fernwärmeverbindungsleitung ändern?
- b) Aus welchen Regionen stammt der in der Verbrennungsanlage verwertete Müll derzeit? Wird nach der Fertigstellung der Fernwärmeverbindungsleitung Müll aus zusätzlichen (und wenn ja aus welchen) Regionen bezogen werden?
- c) Welche Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der entstehenden Restmüll-Mengen und der in dieser Anlage zu verwertenden Restmüllmengen über die nächsten 30 Jahre liegen den Projekt- und Betriebsplanungen zugrunde?
- d) Sind die Projekt- und Betriebsplanungen mit einem Konzept zu einem künftigen Ersatz der Restmüllverbrennung durch eine alternative Form der Energiegewinnung verbunden? Wann und durch welche Alternative könnte die Restmüllverbrennung (zumindest anteilig) ersetzt werden?

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Lukas